

Argumentarium „Nein zum Rentenklau!“

Silvia Schenker, Nationalrätin SP Basel-Stadt

Am 7. März 2010 stimmen wir ab über die Senkung des Umwandlungssatzes bei den Pensionskassen. Das Parlament hat die Senkung im Dezember 2008 beschlossen. Arbeitnehmer- und Rentnerorganisationen, linke Parteien und die Konsumentenpresse halten diese Senkung für unnötig, unzumutbar und in keiner Weise gerechtfertigt. Sie sagen **Nein zum Rentenklau** und haben darum das Referendum ergriffen.

Mehrere Zehntausend Franken Rentenverlust auf jede Rente

Der Beschluss des Parlamentes bedeutet für 3,5 Millionen versicherte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine persönliche Renteneinbusse in der Höhe von mehreren Zehntausend Franken!

Bereits im Jahr 2003, bei der ersten BVG-Revision, hat das Parlament beschlossen, den Umwandlungssatz bis ins Jahr 2014 schrittweise von 7,2 auf 6,8 Prozent zu senken. Damit wurde der höheren Lebenserwartung der Versicherten Rechnung getragen.

Die Folgen einer weiteren Senkung des Umwandlungssatzes auf 6,4 Prozent

Jetzt, noch bevor der Beschluss von 2003 vollständig umgesetzt ist, hat das Parlament die Renten erneut gesenkt. Ab 2015 soll er nur noch 6,4 Prozent betragen. 100'000 Franken Altersguthaben ergeben dann nur noch 6'400 Franken Jahresrente statt 6'800 Franken. Dies führt zu einem massiven Rentenverlust:

- Eine 50-jährige Frau, die heute monatlich 5'800 Franken verdient, würde nach der Pensionierung **37'600** Franken verlieren.
- Ein 36-jähriger Mann, der heute 6'000 Franken verdient, würde nach der Pensionierung im Durchschnitt **52'400** Franken verlieren.
- Ein 26-jähriger Mann mit 5'000 Franken Einkommen würde gar **56'000** Franken verlieren.

Diese Rentensenkung gefährdet ein Leben in Würde im Alter

Mit dieser Rentensenkung kommt das in der Verfassung festgeschriebene Rentenziel in Gefahr. Die Verfassung sagt, dass die 2. Säule ermöglichen soll, dass Rentnerinnen und Rentner in gewohnter Weise leben können. Das heisst in der Praxis, dass AHV und Pensionskasse zusammen 60 Prozent des früheren Einkommens ausmachen sollen. Für Arbeitnehmerinnen mit tiefen Einkommen reichen aber 60 Prozent Rente vom ursprünglichen Einkommen kaum mehr aus, den täglichen Bedarf zu decken. Mit der Senkung der Pensionskassenrenten droht der Schweiz wieder Altersarmut. (60 % von 4'000 Franken monatlich sind 2'400 Franken!).

Alle Versicherten verlieren

Aber auch mittlere und höhere Einkommen verlieren spürbar. Sie sind in der Regel besser versichert, als es das gesetzliche Minimum vorsieht. Weil der Mindestzins und der Mindestumwandlungssatz für den überobligatorischen Bereich nicht gelten, haben die Versicherungen in diesem Bereich bereits in den letzten Jahren massiv gekürzt. Wenn der Umwandlungssatz nun auch noch im obligatorischen Bereich gekürzt wird, zahlen sie doppelt!

Und wer jetzt meint, die heutigen Rentnerinnen und Rentner hätten nichts zu verlieren, weil ihr Renten garantiert sind, dem sei gesagt: Wenn heute die Senkung der Renten von zukünftigen Renten nicht gestoppt werden kann, dann werden morgen die Renten der aktuellen Rentnergeneration auch nicht verteidigt werden können! Rentner sind darum gut beraten, Nein zum Rentenklau zu stimmen.

Fette Gewinne für die Versicherungsgesellschaften

Treibende Kräfte hinter den Rentensenkungen sind die Versicherungen. Sie machen Milliardengewinnen mit der beruflichen Vorsorge. Von den 20 Milliarden Sparbeiträgen der Arbeitnehmenden strichen sie 2007 mehr als 2 Milliarden Franken an Gewinnen und überhöhten Verwaltungskosten ein.

Wie war das möglich? Beim Anlegen der Sparguthaben erzielen sie eine Rendite, die über dem vorgeschriebenen Mindestzinssatz liegt. Zusätzlich berechnen die Versicherungen viel zu hohe Risikoprämien für die für Invalidität und Tod. Insgesamt konnten so die zwölf Versicherer, die im Geschäft der beruflichen Vorsorge tätig sind, in den vergangenen Jahren Milliardengewinne erzielen. Sogar 2008, als die Börse ins Bodenlose fiel, haben noch mehr als die Hälfte der Versicherungen, die im BVG-Geschäft tätig sind, Geld verdient. Das ist der offensichtliche Beweis, dass der aktuelle Umwandlungssatz nicht zu hoch ist. Eine Versicherung hat massiv verloren – die Swisslife. Dafür gibt es klare Gründe; Keine andere Versicherung hatte so aggressiv in Hedge Funds investiert. Swisslife hat 2008 Milliarden an Sparbeiträgen der Versicherten mit hochriskanten Anlagen in den Sand gesetzt. Um auch in Zukunft überhöhte Gewinne schreiben zu können, wollen die Versicherungen nun die Renten senken. Dagegen wehren wir uns.

Rentenklau für Aktionäre, Verwaltungsräte und Manager

Erstaunlich ist auch: Die Versicherungen machen den Aktionären Versprechungen von hohen Eigenkapitalrenditen. 16 Prozent Eigenkapitalrendite ist zum Beispiel immer noch das erklärte Ziel der Zürich Financial. Und für die Sparguthaben der Arbeitnehmenden wollen die Versicherungen langfristig nicht einmal vier Prozent garantieren können. Das passt ganz offensichtlich nicht zusammen!

Die Versicherungen malen pechschwarz

Die Versicherungen sagen, die Pensionskassen müssten zu viele Rentengelder ausschütten im Vergleich zu den Renditeerwartungen im Finanzmarkt. Das mag in der aktuellen Krise zutreffen. Doch die Rentenberechnungen basieren auf einer durchschnittlichen Rendite, die über den Zeitraum von 40 Jahren erreicht wird. Weil man immer auch mit mageren Jahren mit tiefen Renditen rechnen muss, wurde der Umwandlungssatz in den guten 90er Jahren nicht erhöht. Jetzt aber wollen sich die Versicherungen bereits nicht mehr an die Spitzenergebnisse der vergangenen Jahre erinnern und verlangen die Senkung der Renten.

Dann sagen die Versicherungen auch, wir müssten den Umwandlungssatz senken und die Renten kürzen, weil die Menschen immer älter werden und der „Rentenkuchen“ länger reichen muss.

Dazu nur so viel: Auch wenn die Menschen älter werden, haben sie im Alter ein Leben in Würde verdient! Ihr Leben wird nicht billiger. Darum ist es falsch, die Renten zu kürzen. Wir sind überzeugt, wenn unsere Pensionskassenbeiträge für unsere Renten und nicht für die Gewinne von Versicherungen verwendet werden, dann braucht es keine Rentensenkung. Zudem wurden die steigenden Lebenserwartungen bereits bei der Gesetzesrevision 2003 berücksichtigt.